XIII. Nachtrag zum Volksschulgesetz

Antrag vom 20. Februar 2012

Eberhard-St.Gallen

Art. 77 und 77bis:

Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, nachzuweisen wie die Bestimmungen einerseits kostenneutral umgesetzt werden können und andererseits eine Ungleichbehandlung einer grossen Mehrzahl von Lehrpersonen mit Teilzeitpensum ausgeschlossen werden kann.

Begründung:

Das Ziel des neuen Berufsauftrags in Art. 77 VSG war eindeutig, alle Lehrpersonen in ihrem Berufsalltag zu entlasten. Auch die Schulgemeinden unterstützen diese Regelung, die Lehrpersonen mit 100 Prozent-Pensum um eine Lektion von 28 auf 27 Lektionen am Kind je Woche zu entlasten. Immer aber wurde auch gefordert, dass diese Vorlage kostenneutral sein soll. Art. 77bis verlangt für die Lehrpersonen mit Teilpensum eine sachgemässe Anwendung. Sachgemäss heisst rechtlich Entlastung nach Massgabe des Beschäftigungsumfangs.

Nach Aussagen des BLD in verschiedenen Gremien einschliesslich vorberatender Kommission sollen neu nur 100 Prozent tätige Lehrpersonen – ungefähr 25 Prozent aller Lehrpersonen – in den Genuss der Reduktion der Wochenlektionen am Kind von 28 auf 27 kommen. Alle Übrigen, d.h. mehr als 75 Prozent der Lehrpersonen, sollen nach altem Recht in der Berechnung der Wochenlektionenzahl am Kind behandelt werden. Das würde bedeuten, dass Lehrpersonen mit Teilzeitpensen rechtsungleich und nicht sachgemäss, wie das Gesetz vorgibt, behandelt werden. Im Übrigen trifft dies in diesem extrem feminisierten Beruf für fast alle Frauen zu.

Eine solche Regelung würde vor dem Grundsatz der Rechtsgleichheit nicht standhalten, weil sie keine sachgerechte Differenzierung darstellt. Sie würde auch dem Auftrag von Art. 77bis nicht entsprechen. Es ist deshalb zu befürchten, dass eine solche Regelung im Falle der Anfechtung aufgehoben würde. In der Folge könnten den (Schul-) Gemeinden Mehrkosten entstehen, die mehr als 2 Prozent der Lehrerlöhne ausmachen würden, verursacht auch durch Stellvertreterkosten-, Altersentlastungs-, Pensionskassen- und Klassenzulagenanteile, um nur einige zu nennen.

Soll die Kostenneutralität gesichert sein, ist voraussichtlich eine zusätzliche Reduktion der den Schulen zustehenden Lektionenzahl notwendig. Es wird erwartet, dass dazu transparente quantitative und qualitative Aussagen gemacht werden.